

POLITISCHE STUDIEN 436

Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen

 Hanns
Seidel
Stiftung

62. Jahrgang | März-April 2011 | ISSN 0032-3462 | € 4,50

/// IM FOKUS

KLIMAWANDEL ALS SICHERHEITS- POLITISCHE HERAUSFORDERUNG

Mit Beiträgen von

Jeanne Rubner | Wolfgang Seiler | Dennis Tänzler



/// FRIEDRICH SCHMIDT-BLEEK Zeitgespräch: Ressourcenproduktivität gegen die Wirtschaftskrise?

/// PETER WITTERAUF Die internationale Währungsordnung in der Kritik

/// ISABELLE KÜRSCHNER Die Quote – Kulturrevolution in der Arbeitswelt?

www.hss.de



„ Es ist Aufgabe der **ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT**,
die Zivilgesellschaften zu stärken.

DIE ARABISCHE WELT IM AUFBRUCH

Der Ruf nach Veränderung hat die arabische Welt erfasst. Der Westen schaut mit Erstaunen auf die Demonstranten und zugleich mit Besorgnis, ob dies nicht in Anarchie oder gar in ein Erstarken islamistischer Kräfte münden könnte. Doch wird man den Ereignissen mit düsteren Szenarien ebenso wenig wie mit einer verkürzten Betrachtung gerecht.

Die Erstarrung der Regime, deren Repression und Perspektivlosigkeit, trieb die Menschen zum Aufbegehren, in einer Zeit, in der die mediale Globalisierung ihre Proteste in die Welt trägt. Neu und Hoffnung gebend ist, dass sich erstmals in der arabischen Welt die Menschen auf der Straße zur Demokratie bekennen. Am Ende wird nicht das Westminster-Modell stehen, aber ein bemerkenswerter Schritt hin zu größerer Freiheit und Mitbestimmung.

Wir wissen selbst, dass Demokratie allein die Probleme nicht überwindet. Die Menschen brauchen die Perspektive auf eine positive politische und sozioökonomische Entwicklung. Ohne überheblich zu wirken, ist nun der Blick auch darauf zu richten, was in der arabischen Welt verkehrt läuft. Eine übertrieben paternalistische Kultur verschließt sich selbst den Weg in die Moderne, indem sie den gehorsamen Untertan, nicht den kreativen, handelnden Bürger, zum Ideal erhebt.

Es ist eine Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit, die Zivilgesellschaften zu stärken und mit ihren Vertretern offen zu erörtern, wie diese Defizite überwunden werden können. Unterstützung ist gefragt, damit der Aufbruch, der allenthalben und doch so überraschend zu sehen ist, über den Tag hinaus weist und nicht nur eine Elite eine andere ablöst, sondern als Beginn einer neuen Form des Zusammenlebens der Menschen und Völker in diesem Teil der Welt wirkt.

Christian J. Hegemer
Leiter des Instituts für Internationale
Zusammenarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung, München



INHALT

16



50



68

IM FOKUS

14 WIE WOLLEN WIR IN ZUKUNFT LEBEN?

Einführung
SILKE FRANKE

16 DER GLOBALE KLIMAWANDEL – ENTWICKLUNGEN UND AUSWIRKUNGEN

Hitzeschock versus Eiseskälte – was bringt die Zukunft?
WOLFGANG SEILER

30 EIN SICHERES KLIMA? PERSPEKTIVEN NACH DEN KLIMAVERHANDLUNGEN VON CANCÚN

Auswirkungen des Klimawandels auf die regionale und internationale Sicherheit
DENNIS TÄNZLER

40 WAS DAS JAHR 2010 DIE WELT KLIMAPOLITISCH GELEHRT HAT

Zeit zum Handeln
JEANNE RUBNER



40

POLITISCHE STUDIEN- ZEITGESPRÄCH

- 06 RESSOURCENPRODUKTIVITÄT
GEGEN DIE WIRTSCHAFTSKRISE?**
Politische Studien-Zeitgespräch mit dem
Kern- und Physikochemiker
FRIEDRICH SCHMIDT-BLEEK

ANALYSEN

- 50 DIE INTERNATIONALE WÄHRUNGS-
ORDNUNG IN DER KRITIK**
Veränderungen sind notwendig
PETER WITTERAUF
- 61 DIE RENAISSANCE DER KOMMUNA-
LEN SELBSTVERWALTUNG**
Politische Entscheidung vor Ort
SIEGFRIED BALLEIS
- 68 DIE QUOTE – KULTURREVOLUTION
IN DER ARBEITSWELT?**
Frauen an die Macht
ISABELLE KÜRSCHNER

PORTRÄT

- 79 DER FERNE OSTEN IM FOKUS**

POLITIK-WISSENSCHAFTLICHER ANALYSE

Wanderer zwischen den Welten
GOTTFRIED-KARL KINDERMANN

- 84 DIW UNTER NEUER LEITUNG**
Vorgestellt
GERT G. WAGNER

- 86 WARUM NUN AUSGERECHNET
EINE FRAU?**
Neue Vorsitzende der CSU Landesgruppe
GERDA HASSELFELDT

AKTUELLES BUCH

- 88 WAS HÄLT UNSERE GESELL-
SCHAFT ZUSAMMEN?**
20 Blicke auf unser Land
PHILIPP W. HILDMANN

RUBRIKEN

- 03 EDITORIAL**
91 REZENSIONEN
104 ANKÜNDIGUNGEN
106 IMPRESSUM

/// Auswirkungen des Klimawandels auf die regionale und internationale Sicherheit

EIN SICHERES KLIMA? PERSPEKTIVEN NACH DEN KLIMAVERHANDLUNGEN VON CANCÚN

DENNIS TÄNZLER /// Drohen durch den Klimawandel Kriege um Wasser und Nahrungsmittel? Die Prognosen sind alarmierend trotz neuer Hoffnung auf Fortschritte im internationalen Klimaschutzprozess. Um gravierende Sicherheitsprobleme in Folge des Klimawandels zu vermeiden, bedarf es daher international eines umfassenden politischen Handlungsrahmens, der Klimapolitik auch als Konfliktprävention versteht.

Mit der 16. Vertragsstaatenkonferenz in Cancún, so die viel verbreitete Einschätzung, ist die internationale Klimapolitik noch einmal dem finalen Kollaps entkommen.¹ Und in der Tat: Ein neues Momentum ist auszumachen, zumindest in Teilbereichen wie der Finanzierung von internationalen Klimaschutzmaßnahmen, der weiteren Etablierung eines Rahmens für die Durchführung von Anpassungsmaßnahmen und bei Maßnahmen zur Verbesserung des Technologietransfers konnten während der Verhandlungen in Mexiko Fortschritte erzielt werden. Wohlmeinende Interpretationen der Ergebnisse von Cancún sehen nunmehr auch das 2-Grad-Ziel – also die Begrenzung des globalen durchschnittlichen Temperaturanstiegs auf 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter – als

international etabliert an. Die Hoffnung, die sich mit der Aufnahme dieses Zieles in das von allen Verhandlungsdelegationen angenommene Abschlussdokument verbindet, ist wesentlich die Berechenbarkeit des noch erlaubten, weil als halbwegs „kontrollierbar“ erachteten Umfangs an Treibhausgas (THG)-Emissionen. Somit können in der Theorie Verantwortlichkeiten im Sinne von Emissionsbudgets einzelnen Ländern zugewiesen werden. Das klimapolitische Risikomanagement nach Auslaufen des Kyoto-Protokolls 2012 soll auf diese Weise wesentlich verbessert werden.

Doch massive Zweifel bleiben: Die zarten Fortschritte internationaler Klimadiplomatie vollziehen sich vor dem Hintergrund eines dramatischen Zeitverlustes, was die Möglichkeiten der

rechtzeitigen Minderung von THG-Emissionen angeht. Jedes Jahr, in dem der Höhepunkt der globalen Emissionen nicht erreicht wird, verschärft sich die notwendigerweise nachfolgend zu verminderte Emissionsmenge bedeutend. Dies ist auf die lange Wirksamkeit der Treibhausgase in der Atmosphäre zurückzuführen. So erscheint es immer unwahrscheinlicher, den Klimawandel auf ein als kontrollierbar erachtetes Maß einzudämmen: Statt der angestrebten Begrenzung der globalen Erwärmung auf 2°C scheinen mittlerweile 3°C bis 3,5°C und mehr wahrscheinlich.² Die Folgen dieses globalen Politik-

versagens werden seit einigen Jahren mit Blick auf ihre außen- und sicherheitspolitische Relevanz diskutiert. Ressourcenknappheit und verstärkt auftretende Extremwetterereignisse in Folge des Klimawandels drohen, ohnehin bestehende Konfliktpotenziale zu verstärken, zum Teil sogar neue zu erzeugen. Im Folgenden werden drohende globale Konfliktlandschaften und hieraus resultierende außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen erörtert und notwendige Schritte für mehr Klimasicherheit skizziert. Letztere gehen deutlich über den Fokus der internationalen Klimaverhandlungen hinaus, sind aber

In Afrika werden die Wege immer weiter und beschwerlicher, um an Wasser zu gelangen.



gleichwohl auf diese als wesentlichen Bezugsrahmen angewiesen.

Hintergrund

Die Auswertungen klimawissenschaftlicher Erkenntnisse durch das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) im Jahr 2007 zeichnen ein dramatisches Bild regionaler Auswirkungen des Klimawandels. Am stärksten betroffen sind vielfach Gesellschaften mit geringen Anpassungskapazitäten. Bereits Ende 2006 hat der ehemalige Weltbank-Ökonom Nicolas Stern im Auftrag der britischen Regierung eindrücklich die negative wirtschaftliche Entwicklung des Klimawandels aufgezeigt, so entschlossenes Gegensteuern ausbleibt.³ Eine Reihe von Risikoanalysen hat die sicherheitsrelevanten Implikationen des Klimawandels seit 2007 konkretisiert.⁴ Erste Ergebnisse hierzu kamen aus den Vereinigten Staaten, wo elf pensionierte US-Generäle im Auftrag des US-Center for Naval Analysis (CNA) die Folgen von Klimawandelfolgen insbesondere für die nationale Sicherheitsarchitektur skizzierten. Sehr viel umfassender und systematischer fiel das Jahresgutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) aus, das wachsende Konfliktpotenziale und die Zunahme gesellschaftlicher Spannungen durch Klimaveränderungen regional konkretisierte und Rückschlüsse auf eine sich neu formierende globale Konfliktlandschaft zog.

Im Kern sind sich die Studien einig: In den nächsten Jahrzehnten wird ein ungebremster Klimawandel zu Ressourcenverknappung und Umweltdegradation führen, die bestehenden sozialen und politischen Spannungen verschärfen oder neue Konfliktkonstellationen

Gesellschaften mit geringen Anpassungskapazitäten sind AM STÄRKSTEN von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen.

auslösen können. Wie die Forschung zu Umweltkonflikten zeigt, sind Umweltfaktoren in der Regel nicht alleiniger Auslöser von Konflikten, sondern verstärken vielmehr bereits akut oder latent bestehende Konfliktkonstellationen.⁵ Bereits vorhandene lokale und regionale Konflikte um Ressourcen wie z. B. gemeinsam genutztes Wasser oder Agrarland sind eng an Armut und die Marginalisierung von landwirtschaftlicher Nutzfläche gekoppelt. Die Zerstörung und Verknappung von Ressourcen hat bereits in vielen Entwicklungsländern zu gewaltsamen Konflikten beigetragen. Schwach ausgebildete soziale Institutionen und ein gravierender Mangel an Ressourcen und technischem Know-how sind hierbei Hauptursache dafür, dass Länder Schwierigkeiten haben, sich an veränderte Umweltbedingungen anzupassen. In der Folge sind Regierungen teilweise nicht mehr in der Lage, zentrale staatliche Aufgaben zu erfüllen. Das Beispiel der gravierenden Folgen der Überflutung in Pakistan 2010 zeigt, wie erheblich sich Folgewirkungen von Umweltkatastrophen erweisen können.

Der Klimawandel führt zur Ressourcenverknappung und somit zu regionalen sozialen und politischen SPANNUNGEN.

Durch das Zusammenspiel der Klimaveränderungen mit einer Reihe weiterer globaler Trends, v. a. einem global steigenden Ressourcenverbrauch, Bevölkerungswachstum und Urbanisierung, ist es mehr als plausibel, eine neue Dimension von Umweltkonflikten anzunehmen und zusätzliche Maßnahmen politischen Handelns zu diskutieren. Die Forschungsergebnisse der Umweltsicherheitsforschung zeigen jedoch auch, dass die Verknappung von Ressourcen bislang kaum bewaffnete zwischenstaatliche Konflikte in Form von (Ressourcen-)Kriegen nach sich gezogen hat.⁶ Eine zentrale Deutung für das Ausbleiben zwischenstaatlicher Konflikte ist, dass die Umweltzusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Problemlagen eine politisch stabilisierende Wirkung entfalten kann. Am weitesten fortgeschritten ist in diesem Zusammenhang die Forschung zu Verhaltensmustern an grenzüberschreitenden Gewässern. Empirisch zeigt sich, dass bislang Konflikte um Wasser noch zu keinem internationalen Krieg in einem der weltweit 263 grenzüberschreitenden Flussgebiete geführt haben.⁷ Bei der Analyse des Verhaltens von Anliegern an grenzüberschreitenden Gewässern kommen Forscher von der Abteilung für Geowissenschaften an der Oregon State University bei ihren Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass kooperative Arrangements sehr viel häufiger auftreten als gewaltsam ausgetragene Konflikte.

Die Konfliktgeschichten am Euphrat oder Nil verdeutlichen zwar, dass es zu Drohungen mit militärischer Gewalt kommt, wenn beispielsweise der Oberanlieger durch den Bau von Staudämmen die Wassermengen für die Untieranlieger zu begrenzen droht. Aber selbst in diesen politischen Spannungsbereichen sind gemeinsame Lösungsbemühungen

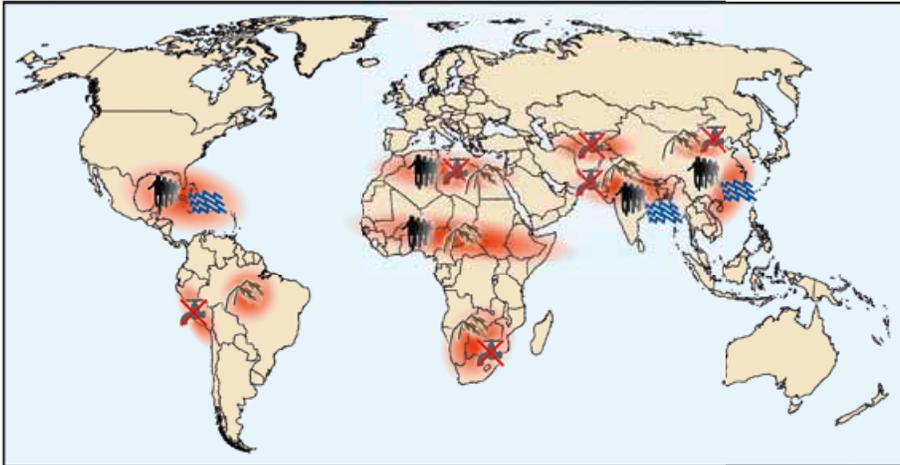
Bisher haben Konflikte um Wasser zu keinem INTERNATIONALEN Krieg geführt.

und Kooperationsabkommen möglich. Es sind institutionelle Arrangements, die den Kern dieser Kooperation ausmachen. Ansätze wie die Zusammenarbeit im Rahmen der „Nile Basin Initiative“ werden unter äußerst komplexen Verhandlungsbedingungen realisiert, zählen doch nicht weniger als zehn Staaten zu den Nilanrainern.⁸ Solche Initiativen verstetigen die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Anliegern und tragen auf diese Weise oftmals erheblich zur Vertrauensbildung bei. Ferner erweisen sich die dauerhafte politische wie finanzielle Unterstützung, die Schaffung einer gemeinsamen hydrologischen Datengrundlage sowie die Etablierung allseits anerkannter Rechtsinstrumente als Kernelemente einer tragfähigen Zusammenarbeit, die auch mit Blick auf die Eindämmung zukünftiger Risiken des Klimawandels eine entscheidende Rolle spielen können.

Zukünftige Risikoregionen

Welches sind die dominanten Konfliktkonstellationen, die im Zuge des Klimawandels drohen und wo liegen diesbezüglich regional mögliche Brennpunkte? Um diese Fragen zu beantworten, suchen das Jahresgutachten des WBGU sowie weitere Risikoanalysen den naturräumlichen Prognosen des IPCC systematisch die Annahmen über die zukünftige Stabilität und Handlungsfähigkeit von Staaten zur Seite zu stellen. Der WBGU identifiziert z. B. vier Konfliktkonstellationen, die sich prinzipiell an die in Vorstudien für die Vergangenheit dargelegten Konfliktmuster anlehnen

Globale Konfliktlandschaften im Klimawandel



Konfliktkonstellationen in ausgewählten Brennpunkten:



Klimabedingte Degradation von Süßwasserressourcen



Klimabedingter Rückgang der Nahrungsmittelproduktion



Brennpunkt



Klimabedingte Zunahme von Sturm- und Flutkatastrophen



Umweltbedingte Migration

Quelle: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderung: Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel, Berlin 2007, S. 4.

und sie in die Zukunft extrapolieren. Verteilungskämpfe um Süßwasser und Nahrungsmittel werden durch zunehmende Konfliktlagen im Zuge extremer Wetterereignisse ergänzt. Während sich diese Trends auf naturräumliche „Hauptkonflikttreiber“ zurückführen lassen, bezeichnet Migration als vierter potenzieller Konflikttreiber einen Folgekonflikt bzw. einen „Übersetzungsmechanismus“ aus den vorgenannten massiven Auswirkungen des Klimawandels. Hierbei wird davon ausgegangen, dass es durch die zu erwartende Verknappung von fruchtbaren Böden und Wasserressourcen zu massenhaften Fluchtbewegungen kommen wird.

Die resultierende globale Konfliktlandschaft ist beunruhigend: Das Zusammenspiel der Konflikttrends mit sektoralen Entwicklungen droht selbst die

Anpassungsfähigkeit relativ stabiler Staaten zu überfordern. Die Folgen des Klimawandels für alle Ebenen gesellschaftlichen Lebens bedrohen nicht nur menschliche Sicherheit und lokale Kontexte, sondern können auch die Stabilität internationaler Sicherheit erheblich beeinflussen. Hierfür ist maßgeblich, dass die Problemlagen zur zusätzlichen Destabilisierung ohnehin fragiler Staaten führen und sich wie beim Domino regional ausbreiten können. Im Extremfall werden diese Staaten anfälliger für Extremismus, Terrorismus und Rebellion, und fragile Staatlichkeit wird zu einem unerwünschten „Exportgut“, das auch vermeintlich stabile Staaten erfassen kann. Potenzielle regionale Krisenherde finden sich hierbei selbst in Regionen, die bislang eher weniger zu den regionalen Konflikt-„hotspots“ gezählt wurden.⁹

Arktis

Die erste genuin dem Klimawandel zuzuschreibende Konfliktlage, nämlich die durch das Abschmelzen der Grönlandplatte leicht erschließbaren, umfassenden Rohstoffressourcen, wurde selbst in umfassenden Risikoanalysen lange weitgehend vernachlässigt. Dabei haben die konkurrierenden Nutzungsinteressen von Staaten wie Russland, Kanada, USA, Dänemark und Norwegen ein Spannungspotenzial internationalen Ausmaßes und es bleibt abzuwarten, ob die einschlägigen Bestimmungen der internationalen Seerechtskonvention in der Lage sind, diese Spannungen zu kanalisieren und zu einem Ausgleich der Interessen beizutragen.

Asien

Neben dem Meeresspiegelanstieg und der Intensivierung extremer Wetterereignisse ist es vor allem die Gletscherschmelze im Himalaja, die zu erheblichen Beeinträchtigungen in der Wasserversorgung und der Landwirtschaft führen kann. Hiervon betroffen sind nahezu eine halbe Milliarde Menschen. Die Beziehungen zwischen Indien und Bangladesch und vor allem zwischen Indien und Pakistan sind zudem von erheblicher Bedeutung für die internationale Sicherheit, handelt es sich doch bei Pakistan und Indien um Staaten mit Atomwaffen. Bereits in der Vergangenheit hat es erhebliche Spannungen am Indus und Ganges gegeben, die aber – bislang – im Rahmen bestehender Flussgebietsabkommen geregelt werden konnten.

Zentralasien

Zentralasien (Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan) ist durch die großen Höhenunterschiede besonders geeignet für die

Die FOLGEN des Klimawandels bedrohen auch die internationale Sicherheit.

Nutzung von Wasserkraft. Gleichzeitig sind die zentralasiatischen Staaten stark agrarisch geprägt. Bereits in der Vergangenheit ist es zu zahlreichen Spannungen im Zusammenhang mit Wasser in Zentralasien gekommen. Maßgeblich hierfür sind die zusätzlich hinzutretenden Defizite im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, Korruption, schwache Governance-Strukturen, ineffiziente Verwaltungen sowie Armut.

Naher Osten und Nordafrika

Die Wasserverfügbarkeit ist bereits heute ein zentrales Problem in der Region. Der Klimawandel wird erhebliche Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion haben und Trends wie Desertifizierung und Bodenversalzung werden sich absehbar weiter verschärfen. Das Wasser des Nils und des Jordans können zum Gegenstand von Wasserverteilungskonflikten werden, die kaum regional beschränkt bleiben dürften.

Afrika

Der drohenden Abnahme der Wasserverfügbarkeit und der landwirtschaftlich zu nutzenden Fläche steht eine steigende Bevölkerungszahl gegenüber. Verteilungskonflikte, Hungersnöte und Flüchtlingsströme erscheinen somit nahezu unvermeidbar. Auch der ansteigende Meeresspiegel wird den Kontinent vor zunehmende Herausforderungen stellen, dies betrifft vor allem die Megastädte an der Westküste Afrikas. Angesichts ohnehin schwelender Gewaltkonflikte und Ländern in Post-Konflikt-Phasen drohen hier „Gürtel fragiler Staatlichkeit“.

Die Anpassung an den Klimawandel erfordert eine **INTENSIVE Koordination von Außen-, Umwelt- und Entwicklungspolitik.**

Handlungskorridore für Klimasicherheit

Diese keineswegs vollständige Übersicht über Risikoregionen der Zukunft unterstreicht mehr als deutlich: Der Handlungsdruck auf die politischen Entscheidungsträger nimmt zu. Dadurch, dass bestimmte Klimaveränderungen bereits heute nicht mehr zu vermeiden sind, erlangt hierbei die Anpassung an den Klimawandel als Handlungsfeld mehr und mehr an Bedeutung. Die „neuen“ Herausforderungen führen zur Herausbildung eines Politikfeldes, das zu weit reichenden Verschränkungen zwischen Außen-, Umwelt-, Entwicklungs- bis hin zur Wirtschafts- und Finanzpolitik führt. Dass die entsprechende politische Adressierung kein leichtes Unterfangen ist, zeigt die Tatsache, dass zwar sowohl auf EU- als auch auf Ebene der Vereinten Nationen (VN) die sicherheitsrelevanten Auswirkungen des Klimawandels erkannt worden sind, die eingeleiteten Prozesse bislang allerdings kaum über das Stadium des „Agenda-Settings“ hinausreichen. Immerhin konnten in den vergangenen Jahren erste Ansätze jenseits der internationalen Verhandlungen konkreter verfolgt werden, um mögliche Ressourcenkonflikte, die im Zuge des Klimawandels befördert werden könnten, präventiv einzuhegen.

Ein Blick auf die Aktivitäten innerhalb des VN-Systems zeigt jedoch auch, dass bislang noch keine systematische Auseinandersetzung mit den sicherheitsrelevanten Implikationen des Klimawandels stattfindet. Die Auswirkungen des Klimawandels auf Frieden und Sicherheit wurden auf Betreiben der britischen Regierung 2007 im Sicherheitsrat diskutiert.¹⁰ Hier offenbarten sich deutlich unterschiedliche Auffassungen von Ländern wie Großbritannien und Deutschland und einzelnen Entwicklungs- und Schwellenländern, die diese sicherheitsbezogene Rahmung des Themas als Versuch seitens der Industrieländer werteten, von ihrer historischen Verantwortung für den Großteil der Treibhausgase in der Atmosphäre abzulenken. Andererseits erwiesen sich die kleinen Inselstaaten als wesentliche Treiber einer VN-Befassung mit den sicherheitsrelevanten Auswirkungen des Klimawandels, wird doch durch den Meeresspiegelanstieg nichts Geringeres als ihre territoriale Integrität in Frage gestellt. Als Folge einer von pazifischen Inselstaaten eingebrachten Resolution zu Klimawandel und Sicherheit, die von der 63. Generalversammlung der VN im Juni 2009 verabschiedet wurde, legte der VN-Generalsekretär im September desselben Jahres einen umfassenden Bericht zu möglichen Sicherheitsrisiken des Klimawandels vor.¹¹

Bemerkenswert an diesem Bericht sind weniger die zugrunde liegenden Risikoanalysen, die sich prinzipiell nicht von den bereits erwähnten anderen Untersuchungen unterscheiden, sondern die Betonung der möglichen Lösungsebenen. Demnach sollen als Antwort auf die aus den Folgen des Klimawandels resultierenden Bedrohungsmultiplikatoren systematisch die bedro-

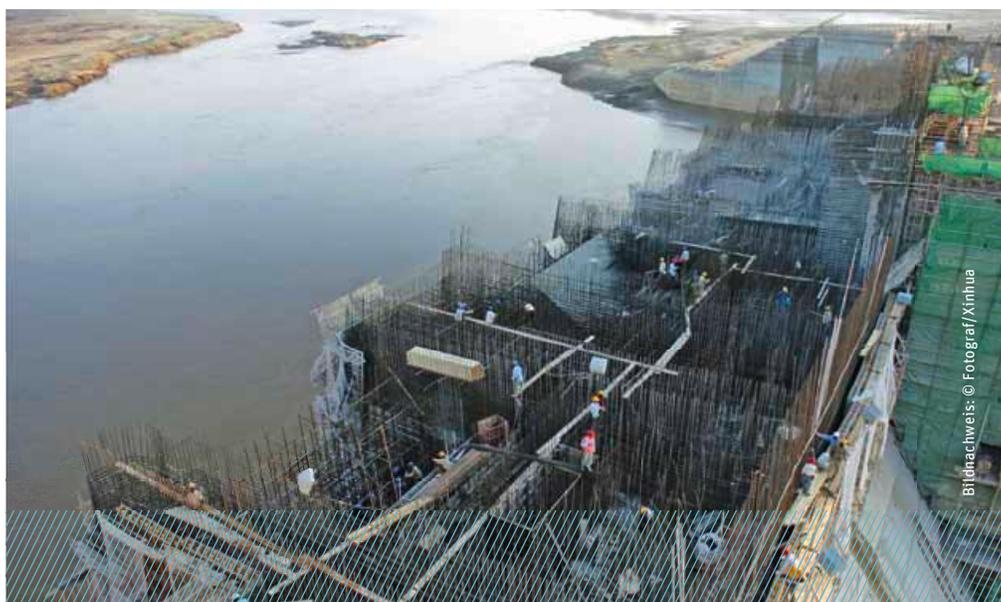
hungsmindernden Potenziale von Frühwarnung, Emissionsminderungen, Anpassung, Entwicklung oder Wachstum erschlossen werden. Auf diese Weise wird ein Gerüst von konfliktpräventiver Klimapolitik skizziert, deren weitere Operationalisierung innerhalb des VN-Systems allerdings noch aussteht. Aus deutscher Sicht ergibt sich seit Beginn des Jahres 2011 die Möglichkeit, über den nicht-ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat neue Akzente zu setzen.

Eine weitere Aufgabe der VN wird es sein, die skizzierten Vorschläge mit den diesbezüglichen Prozessen im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen zu koppeln, um ein kohärentes Vorgehen zu gewährleisten. Mit der Arbeit des während der Klimakonferenz in Cancún auch offiziell eröffneten Adaptation Fund Boards kann die operative Umsetzung der seit Jahren in nationalen Anpassungsplänen erarbeiteten Handlungsansätze eine neue Dynamik erhalten, die nicht zuletzt auch das Vertrauen

seitens wenig entwickelter Länder in internationale Kooperationsansätze unter dem Dach der VN stärken kann. Eine konflikt-sensitive Vorbereitung auf negative Konsequenzen des Klimawandels wäre beispielsweise ein Weg, um Wasser- oder Nahrungsmittelknappheiten frühzeitig anzugehen und Kapazitäten der Katastrophenvorsorge auf- und auszubauen. Spezifische Anpassungsstrategien für fragile Staaten können einen Hebel darstellen, um zu Stabilität und Frieden beizutragen.¹²

Auch die EU hat sich auf die Suche nach Klimasicherheit begeben. Aufgefordert durch die Juni-Schlussfolgerungen des EU-Rates von 2007 legten die Europäische Kommission und das Ratssekretariat des damaligen Hohen Repräsentanten Javier Solana im Frühjahr 2008 den gemeinsamen Bericht „Klimawandel und internationale Sicherheit vor“.¹³ Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass der Klimawandel bestehende Bedrohungen verstärkt sowie die Interessen und Sicher-

Entwicklungshoffnung oder Auslöser von Konflikten? Das Merowe-Staudamm-Projekt in Sudan



Die EUROPÄISCHE UNION ist gefordert, Maßnahmen für globale Klimasicherheit voranzutreiben.

heit der EU und ihrer Partner rund um den Globus gefährdet. Mit Blick auf die zu verfolgenden Ansätze zur Minderung der Bedrohungen wird empfohlen, die Kapazitäten der EU und ihrer Mitgliedsstaaten in den Bereichen Frühwarnung, Analyse und Reaktion auf klimabedingte Sicherheitsauswirkungen zu verbessern. Zudem wird auf die Notwendigkeit verwiesen, dass die EU im multilateralen Kontext weiter eine Führungsrolle einnehmen muss, um globale Klimasicherheit voranzutreiben und ein erfolgreiches internationales Folgeabkommen zum Kyoto-Protokoll zu entwickeln und umzusetzen. Schließlich wird die EU-Kooperation mit Drittländern in den Blick genommen. Hier sollen Dialoge in Gang gesetzt werden, um Bewusstsein für die sicherheitsrelevanten Risiken des Klimawandels zu schaffen und als gemeinsame Herausforderungen auch in den Regionalstrategien der EU systematisch zu berücksichtigen. Das ausführliche Kapitel zur nachhaltigen Nutzung der gemeinsamen Wasserressourcen in der EU-Zentralasienstrategie bietet ein geeignetes Beispiel. Das Auswärtige Amt hat 2008 mit der Initiative „Wasser Unites“ hier angesetzt, um somit gezielt zu mehr Klimasicherheit in der Region beizutragen.¹⁴ Allerdings mangelt es gegenwärtig auch auf EU-Ebene jenseits von einzelnen Initiativen an der systematischen Verankerung der Herausforde-

rungen der Klimasicherheit. Die derzeit im Aufbau befindlichen Strukturen des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) bieten einen sinnvollen Einstiegspunkt, um die Integration des Problemfeldes in die auswärtigen Beziehungen Europas zu gewährleisten.

Von Cancún nach Durban

Die sicherheitsrelevanten Risiken des Klimawandels erfordern einen „klimapolitischen Stresstest“ internationaler wie europäischer Politikprozesse. Der Schritt vom Agenda-Setting zur Politikformulierung ist hierbei allerdings vielfach noch nicht vollzogen. Der Auf- und Ausbau kooperativer Ansätze ist ein Schlüssel, um angesichts schwindender natürlicher Ressourcen die Voraussetzungen für einen friedlichen Interessenausgleich zwischen verschiedenen Nutzern zu schaffen und damit mögliche Konfliktlagen zu vermeiden. Um die Herausforderungen zunehmender Ressourcendegradation zu bewältigen, muss demnach der bestehende politische Handlungsrahmen erweitert werden. Vor allem ist die Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern im Klimabereich zu intensivieren und die hierfür notwendigen Strategien und Instrumente sind auszubauen. Langfristig angelegte Anpassungsstrategien stellen hierbei ebenso einen wesentlichen Ansatz dar wie grenzüberschreitende Ressourcenkooperation. Ob hieraus ein systematischer Ansatz einer konfliktpräventiven Klimapolitik resultiert, hängt maßgeblich von erfolgreichen internationalen Klimaverhand-

Konfliktpräventive Klimapolitik erfordert die verstärkte ZUSAMMENARBEIT zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.

lungen für ein Folgeabkommen des Kyoto-Protokolls ab. Der nunmehr für die Vertragsstaatenkonferenz in Durban im Dezember 2011 angestrebte Konsens wird auch davon abhängen, ob die Verhandlungsdelegationen sich auf einen robusten Anpassungsrahmen einigen können. Die in Cancún erzeugten Fortschritte können zudem dazu führen, einen langfristigen Rahmen der Klimaschutzfinanzierung zu etablieren, die bei konfliktensensitiver Ausrichtung auch außen- und sicherheitspolitische Ziele befördern kann, beispielsweise wenn gezielt Ressourcenkooperationen in fragilen Regionen unterstützt werden.

Zusätzlich – und auch hierfür ist ein erfolgreicher Abschluss der Klimaverhandlungen als politisches Signal förderlich – sind Prozesse bilateraler und regionaler Zusammenarbeit systematisch darauf auszurichten, nationale und regionale Anpassungskapazitäten zu stärken. Die Empfehlungen der VN- und EU-Berichte zu Klimawandel und internationaler Sicherheit weisen bereits in diese Richtung. Die Verknappung natürlicher Ressourcen und weitere negative Implikationen des Klimawandels müssen also nicht zwangsläufig zum Ausbruch gewaltförmiger Konflikte führen.



/// DENNIS TÄNZLER, DIPL.-POL., MA
ist als Senior Projektleiter bei adelphi, eine der führenden Institutionen für Politikanalyse und Strategieberatung, in Berlin tätig. Schwerpunkte seiner Arbeit bilden die Bereiche „Klima und Energie“ sowie „Entwicklung und Sicherheit“.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. für eine Analyse der Verhandlungsergebnisse z. B. Climate Group: Post-Cancún Analysis. Policy Briefing, 2011. Abrufbar unter http://www.theclimategroup.org/_assets/files/Post-Cancun-Analysis_1.pdf (25.1.2011).
- ² Vgl. die Analyse von Climate Action Tracker: Climate Action Tracker Update: Little Progress – Countries still heading for over 3°C warming, 2010. Abrufbar unter http://www.climateactiontracker.org/pr_2010_06_10_en.pdf (18.1.2011).
- ³ Siehe den 3. Sachstandsbericht des IPCC: Climate Change 2007: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Working Group II Contribution to the Intergovernmental Panel on Climate Change Fourth Assessment Report, 2007. Für die Analyse von Nicolas Stern siehe Stern, Nicolas: The Economics of Climate Change. The Stern Review, Cambridge 2006.
- ⁴ Siehe Center for Naval Analysis: National Security and the Threat of Climate Change, 2007. Abrufbar unter <http://securityandclimate.cna.org/> (30.1.2011). WBGU: Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel, Berlin 2007. Vgl. ferner International Alert: A climate of conflict. The links between climate change, war and peace, London 2007 sowie Carius, Alexander / Tänzler, Dennis / Maas, Achim: Klimawandel und Sicherheit – Herausforderungen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, Eschborn 2008.
- ⁵ Vgl. z. B. Homer-Dixon, Thomas F.: Environment, Scarcity, and Violence, Princeton 1999. Siehe auch Transformation of Resource Conflicts: Approach and Instruments, hrsg. von Günther Baechler, Kurt Spillmann und Mohamed Suliman, Bern 2002.
- ⁶ Siehe Carius, Alexander / Tänzler, Dennis / Winterstein, Judith: Weltkarte von Umweltkonflikten – Ansätze einer Typologisierung. Externe Expertise für das WBGU-Hauptgutachten: „Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel“, Berlin 2007.
- ⁷ Vgl. z. B. Wolf, Aaron T. / Kramer, Annika / Carius, Alexander / Dabelko, Geoffrey D.: Managing Water Conflict and Cooperation, in: State of the World 2005 – Redefining Security, hrsg. vom World Watch Institute, New York / London 2005, S. 8-95.
- ⁸ Vgl. z. B. Mason, Simon: From Conflict to Cooperation in the Nile Basin, Zürich 2004.
- ⁹ Vgl. für ausführliche Betrachtungen der genannten Risikoregionen das Gutachten des WBGU: Welt im Wandel und Carius u.a.: Klimawandel und Sicherheit (FN 4) sowie Maas, Achim / Tänzler, Dennis: Regional Security Implications of Climate Change. A Synopsis, in: Adelphi Report 01/09, Berlin 2009. Für den speziellen Fall der Arktis siehe auch den Band: New Chances and New Responsibilities in the Arctic Region, hrsg. von Georg Witschel, Ingo Winkelmann, Katrin Tiroch und Rüdiger Wolfrum, Berlin 2010.
- ¹⁰ Vgl. UN Security Council: 5663rd Meeting, Dienstag, 17 April. S/PV.5663, New York 2007. Vgl. für eine Betrachtung der Debatte auch Tänzler, Dennis: Entwicklungsrisiko Klimawandel. Die Notwendigkeit kooperativer Ansätze, SWP Working Paper, Berlin 2009.
- ¹¹ Siehe UN Secretary General: Climate Change and its Possible Security Implications, Report of the UN Secretary-General, 2009.
- ¹² Vgl. für diese Diskussion Tänzler, Dennis / Maas, Achim / Carius, Alexander: Climate change adaptation and peace, in: Wiley Interdisciplinary Reviews Climate Change, DOI:10.1002/wcc.66, 2010.
- ¹³ Siehe High Representative und European Commission: Climate Change and International Security, Joint Paper to the European Council, Brüssel 2008.
- ¹⁴ Vgl. hierzu die Informationen des Auswärtigen Amtes unter http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/GlobaleFragen/Umwelt/Wasser_node.html (14.2.2011).



Hanns
Seidel
Stiftung